

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Manfred Ländner

Abg. Markus Ganserer

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Kerstin Celina

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Antrag der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Georg Rosenthal u. a. und Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Machbarkeitsstudie Ortsumfahrung B 19 (Drs. 17/4714)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Halbleib. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein weiteres Verkehrsthema, und es ist ein weiteres Thema aus Unterfranken. Ich weiß nicht, womit das zusammenhängt, aber nachdem die letzte Debatte eine gewisse Munterkeit aufwies, darf ich davon ausgehen, dass wir auch diesen Tagesordnungspunkt noch durch den Abend bringen. Vielleicht ist es auch ein exemplarischer Fall, der in jedem Teil Bayerns stattfinden könnte.

Es geht um die Problemlage von vier Ortschaften entlang der B 19 im Nordosten von Würzburg. Dort ist eine enorme Kfz- und Lkw-Belastung gegeben, und zwar mit steigender Tendenz. Diese Belastung ist für die Ortschaften untragbar. Es ist ein klassischer Fall für eine Ortsumgehung. Auch das Innenministerium hat in der Ausschussberatung bestätigt, dass diese Forderung nachvollziehbar ist, weil die Verkehrsbelastung so ist, wie sie geschildert wurde. Es ist auch nachvollziehbar, dass man deshalb Planungen vorantreiben will. Das ist die Einschätzung des Innenministeriums. Auch Herr Kollege Kirchner von der CSU hat durchaus Verständnis für diesen Antrag geäußert, weil die Verkehrsfrequenz sehr hoch ist. Aus der Ausschussberatung wissen wir, dass der Bund ein sogenanntes netzkonzeptionelles Interesse an dieser Ortsumfahrung offiziell verneint hat. Das steht natürlich im Zusammenhang mit dem

geplanten Ausbau der A 7 zwischen Biebelried und Werneck und einer völligen Überzeichnung des Bundesverkehrswegeplanes. Vielleicht steht es auch im Zusammenhang mit der perspektivischen Überlegung, die B 19 zur Staatsstraße abzustufen. Die Gespräche darüber sind aber noch nicht geführt.

Wir stellen das Thema heute noch einmal im Plenum zur Diskussion, verbunden mit der Bitte an die CSU, ihre Abstimmung im Ausschuss noch einmal zu überdenken. Wenn wir es an dieser Stelle nicht schaffen, mit einer Machbarkeitsstudie den etwaigen Trassenverlauf zu sichern, die den topografischen Bedingungen entspricht, den Raumwiderständen und dem Lärmschutz, der entlang der Ortschaften gewährleistet sein soll, dann wird aus unserer Sicht die letzte Chance vertan, diese Trasse planungsrechtlich durch die Kommunen zu sichern. Vor einigen Jahren ist schon einmal der Fehler gemacht worden, eine Umgehungsstraße nicht zu sichern. Deshalb besteht aus unserer Sicht jetzt eine der letzten Chancen, diese Perspektive zu eröffnen. Wir dürfen diese letzte Chance nicht verpassen, damit auf lange Sicht eine Umgehungsstraße möglich wird.

Die Entscheidung der CSU im Ausschuss ist aus unserer Sicht unverständlich. Wir appellieren an dieser Stelle noch einmal an die CSU, ihre Einschätzung zu korrigieren und heute im Plenum der Machbarkeitsstudie zuzustimmen. Als weiteren Grund möchte ich hier nennen – Herr Kollege Ländner wird noch darauf eingehen -, dass wir uns vor Ort, im Kreistag des Landkreises Würzburg, darauf verständigt haben, diese Machbarkeitsstudie zu fordern. Kollege Ländner ist noch heute Vorsitzender der CSU-Fraktion im Kreistag. Ich war damals Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag. Wir haben diese Entscheidung gemeinsam im Kreistag getroffen, weil wir der Überzeugung sind und waren, dass eine Machbarkeitsstudie Sinn macht. Leider ist es aber so, dass Herr Kollege Ländner inzwischen so von der Machbarkeitsstudie spricht, als würde den Leidtragenden vor Ort in gewisser Weise Sand in die Augen gestreut. Vielleicht wird er das auch noch erläutern. Aus unserer Sicht ist das aber zu hinterfragen. Man kann nicht vor Ort sagen, wir wollen eine Machbarkeitsstudie, und dann hinterher

von der Machbarkeitsstudie so sprechen, als würde damit an die Bevölkerung eine falsche Botschaft gesendet. Das kann ich nicht nachvollziehen. Vielleicht können Sie, Herr Kollege Ländner, die Möglichkeit nutzen, das an dieser Stelle klarzustellen.

Das Ministerium hat im Ausschuss argumentiert, für eine Machbarkeitsstudie wären ihm die Hände gebunden. Ich bin aber der festen Überzeugung, es gibt eine Vielzahl von Straßenbauprojekten des Bundes, bei denen der Freistaat Bayern und die zuständigen Behörden des Freistaats, ebenso wie das Ministerium, die Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan - und gegebenenfalls auch die weiteren Planungen - über eine Machbarkeitsstudie klären. Auch die Frage, ob eine Herabstufung zur Staatsstraße erfolgen könnte, kann ein Grund sein, eine Machbarkeitsstudie sozusagen in eigener Initiative in Auftrag zu geben. Wir bitten deshalb noch einmal, diesen Punkt zu überdenken. Ich glaube, das hat auch eine hohe Befriedungsfunktion in der betroffenen Region. Die Bevölkerung hat tatsächlich den Eindruck gewonnen, hier soll etwas weggedrückt werden, hier sollen Möglichkeiten der Klärung nicht genutzt werden. Wir wollen deshalb entkoppelt von der Anmeldung im Bundesverkehrswegeplan eine Perspektive haben. Im Ausschuss ist schon erklärt worden, dass auf den zweiten Absatz des Antrags verzichtet wird.

Wir wollen, dass diese Perspektive geprüft wird, und wir wollen, dass diese Perspektive nicht fahrlässig zerstört wird. Wir sind realistisch, wir wissen nicht, ob eine solche Machbarkeitsstudie dazu führt, dass die Ortsumgehung gebaut wird. Eine Machbarkeitsstudie ist aber gerade dafür da, das Für und Wider darzulegen. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als eine Perspektive für die lärmgeplagten Gemeinden - nicht mehr und nicht weniger. Das erwarten wir heute auch von der CSU-Fraktion. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. - Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben hier einen gemeinsamen Antrag der FREIEN WÄHLER und der SPD-Fraktion vorliegen. Wir haben den Antrag im Wirtschaftsausschuss schon ausführlich diskutiert. Da wurde der Antrag eigentlich von allen Ausschussmitgliedern, die geredet haben, gewürdigt. Auch der Vertreter der CSU bestätigte, dass das Verkehrsaufkommen, unter dem die Bürger leiden, sehr hoch ist.

In solchen Fällen kommt dann aber immer der Fachmann von der Obersten Baubehörde, und der hat tatsächlich gesagt, ihm seien die Hände gebunden. Die Hände gebunden – das heißt ganz konkret: Es ist eine andere Vorgabe vom Bund gegeben. Das aber heißt: Wir müssen die A 7 weiter ausbauen. Wenn Sie aber mit den Leuten vor Ort im Landkreis Würzburg diskutieren, dann sagen die Ihnen: Der Ausbau der A 7 bringt uns sehr wenig.

Wenn der Verwaltung die Hände gebunden sind, dann ist doch die Politik gefragt. Das ist der Bayerische Landtag, der dann vielleicht auch Änderungen machen kann. Gut, das ist einmal der Bund. Wir haben diesen Antrag gemeinsam verfasst. Im Bund regiert die Große Koalition, und da ist die SPD auch dabei. Vielleicht kann auch im Bund durch die Initiative der SPD etwas bewegt werden. Die Bürger vor Ort brauchen eine Lösung. Gehen Sie doch einmal zu Veranstaltungen, die in diesen vier Orten, in Unterpleichfeld, Bergtheim, Opferbaum und Eßleben durchgeführt werden. Da kommen 200 bis 300 Leute. Da müssen Sie dann schon konkrete Lösungsvorschläge bieten, sonst brauchen Sie dort gar nicht erst hinzugehen. Die Menschen dort warten schon seit vielen Jahren und Jahrzehnten auf eine Entlastung. Wenn Sie an einem Freitag-nachmittag die Straße überqueren wollen, brauchen Sie oft zwei, drei oder vier Minuten, bis Sie hinüberkommen. Das ist Fakt, und das haben wir alle ausprobiert und gesehen.

Ausbau der A 7: Herr Ländner wird bestimmt sagen, das sei die Lösung, während wir und alle vor Ort sagen, dass das keine spürbare Entlastung bringt. Herr Ländner, ich hoffe, Sie haben im Kreistag mitgestimmt. Die Entscheidung für die Machbarkeitsstu-

die war fast einstimmig. Wenn Sie im Kreistag für die Machbarkeitsstudie waren, können Sie doch auch im Landtag sagen, dass diese Machbarkeitsstudie insgesamt wichtig ist. Das heißt noch nicht, dass eine Umsetzung erfolgt. Es ist aber zumindest ein Hoffnungsschimmer, und es wird geprüft. Für die Menschen vor Ort wäre das sehr wichtig.

Sie werden bestimmt anführen, Herr Ländner, dass es andere Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Sanierung der Ortsdurchfahrten oder die Schaffung von Querungshilfen, gibt. Das wäre aber nur ein kleiner Beitrag, nur ein Tropfen auf den heißen Stein, und mit diesem kleinen Tropfen ist die Bevölkerung vor Ort auf keinen Fall zufrieden. Sie möchte mehr und braucht Hoffnung. Auch die heimische Wirtschaft braucht Perspektiven. Deswegen brauchen wir diesen Antrag und Perspektiven durch eine Machbarkeitsstudie.

Um das Ganze umzusetzen und zu finanzieren – darüber wird zurzeit diskutiert –, ist es notwendig, die B 19 zu einer Staatsstraße abzustufen. Richtig ist, dass dazu im Moment noch Verhandlungen laufen. Wenn diese aber gelingen – das dürfte auch in Ihrem Sinne sein, Herr Ländner –, dann müsste es auch möglich sein, diese Straße in kommunaler Sonderbaulast nach Artikel 13f FAG zu finanzieren. Immerhin gibt es seit 2002 37 Projekte in Bayern, also 37 Ortsumfahrungen, die so finanziert wurden.

Die Anwohner im Landkreis Würzburg hoffen, dass sich zumindest etwas bewegt, und ein kleiner Schritt wäre die Machbarkeitsstudie. Deswegen haben wir gesagt, dass dieser Antrag wichtig ist und wir ihn deshalb zur heutigen Beratung einbringen wollen. Wir haben eine namentliche Abstimmung gefordert, damit wir sehen, wie die einzelnen Kollegen dazu stehen. Wir bitten um Unterstützung des gemeinsamen Antrags von FREIEN WÄHLERN und SPD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Fahn. - Nächste Wortmeldung: Herr Ländner. Nachdem uns die beiden Vorredner schon gesagt haben, was Sie uns sagen werden, können Sie sich jetzt kurz fassen. Bitte schön, Herr Ländner.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich recht herzlich bei meinem Kollegen Halbleib und dem Kollegen Fahn, die meine Rede bereits vorweggenommen haben. Es zeigt, dass Sie vielleicht doch Interesse daran haben, was eigentlich Sache ist. Herr Fahn, im Gegensatz zu Ihnen – Sie fliegen ja ab und zu ein, erzählen den Menschen das Blaue vom Himmel und fliegen dann wieder weg – lebe ich in dieser Region und werde, so Gott will, noch in vielen Jahren in dieser Region unmittelbar an der B 19, neben diesen Dörfern leben. Ich werde auch in drei, vier, fünf oder zehn Jahren gefragt werden: Wo sind die Verbesserungen? Ich kann dann den Menschen nicht antworten: Ich habe im Landtag 2015 eine Machbarkeitsstudie mit beschlossen. Wir müssen auch einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen.

Kollege Halbleib, auf Ihre Frage, warum die beiden unterfränkischen Themen zusammenhängen: Ich sehe die Antwort ganz einfach. Es geht um den Internetauftritt des Herrn Fahn. Es geht darum, dass er wieder Presseberichte schreiben kann, wie er sich für die Menschen einsetzt und dass er das auf seiner Homepage – Kollege Mütze hat es schon gesagt – mit irgendwelchen Dingen, die der Realität nicht standhalten, veröffentlichen kann. Ich finde es einfach schade – Herr Kollege Halbleib, wir können gerne darüber diskutieren -, dass man sich nicht an die Fakten hält.

Fakt eins ist: Der Kreistag des Landkreises Würzburg hat mit großer Mehrheit - auch mit meiner Stimme - der Machbarkeitsstudie zugestimmt. Das war beim Jahreswechsel 2013/2014. Im Mai 2014 kam aus dem Bundesverkehrsministerium die schriftliche Aussage, dass die Umgehung B 19 keine Chance auf Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan hat. Seit Mai 2014 bis heute hat sich die Situation nicht verbessert. Wir werden 2015 – das ist Fakt – einen Bundesverkehrswegeplan erhalten, in dem die Ortsumgehung B 19 der vier genannten Ortschaften nicht erscheint. Wer mit Bundes-

verkehrswegeplänen Erfahrung hat, weiß, dass diese Bundesverkehrswegepläne die nächsten 10 bis 15 Jahre Geltung besitzen. Das heißt, es wird in den nächsten 10 Jahren – mit oder ohne Machbarkeitsstudie – keine Umgehung der B 19 geben. Es gehört auch zur kommunalpolitischen Ehrlichkeit, dies den Menschen zu sagen. Zum Zeitpunkt der Kreistagsentscheidung war diese endgültige Entscheidung nicht bekannt. Es war der letzte Strohalm, die Machbarkeitsstudie zu beschließen, damit – so auch Ihre damalige Aussage, Herr Kollege Halbleib – die Behörden sehen, dass der Kreistag des Landkreises Würzburg dahintersteht. Der erste Fakt ist eine Änderung im Zeitablauf.

Zweiter Fakt: Die B 19 ist eine Bundesstraße. Das heißt auch, dass die Planung einer Umgehung durch den Bund gemacht wird. Es fehlt ein Träger, der die Machbarkeitsstudie mit einer Summe von etwa 100.000 Euro bezahlt. Das bedeutet in Ihrer Sprachregelung: Für eine Machbarkeitsstudie, für eine Straße, für die es keinen Bauträger gibt, soll der Freistaat Bayern dem Bund 100.000 Euro bezahlen - für eine Straße, die in den nächsten 15 Jahren ohnehin nicht gebaut wird. Wir sind der Meinung, dass es nicht angesagt ist, um den Menschen etwas vorzumachen, diesen ein Placebo, ein Pflasterchen zu geben, indem eine Machbarkeitsstudie beauftragt wird.

Das nutzt den Menschen nichts, weil wir alle – darin bin ich mit Ihnen einig, Herr Kollege Halbleib – in den Ortschaften die Belastung sehen. Wir sehen auch die Belastung mit 10.000 Fahrzeugen und die Situation im Norden von Würzburg. Diese Umgehungsstraße ist in den Flächennutzungsplänen der betroffenen Gemeinden verankert. Als es aber damals darum gegangen ist, die Trassen zu sichern, wurden die Äcker nicht hergegeben. Es gab damals Initiativen in den Gemeinden. Das aber ist Schnee von gestern, und heute will das niemand mehr wahrhaben. Heute ist die geplante Trasse, die in den Flächennutzungsplänen steht, aufgrund der baulichen Entwicklung der betroffenen Gemeinden nicht mehr zu verwirklichen. Auch das ist Fakt.

Wenn wir den Menschen die Wahrheit sagen, müssen wir ihnen auch sagen: Wenn die A 7 ausgebaut wird, ist das nicht die Lösung der B-19-Problematik. Das wird sogar

die B-19-Problematik verschärfen. Die Bauarbeiten beginnen in ein, zwei Jahren mit entsprechenden Brücken, und der Umleitungsverkehr wird im Falle eines Staus auf der Autobahn weiterhin durch diese Ortschaften fließen. Ich als örtlicher Abgeordneter, der dort wohne, werde den Menschen nicht erzählen, wir hätten eine Machbarkeitsstudie beschlossen und es sei doch alles nicht so schlimm. Das nützt nichts. Wir brauchen Verbesserungen vor Ort.

Sie können behaupten, das, was wir beschlossen haben, sei nichts. Ich kann nur sagen, dass es ein großer Kraftakt war. Staatssekretär Eck, ich und andere – Herr Kollege Halbleib, ich nehme Sie gerne mit ins Boot – haben festgestellt, dass wir den Menschen in den Ortschaften etwas anbieten müssen. Eine Umgehung können wir ihnen nicht anbieten. Wir können aber anbieten, die Ortsdurchfahrten zu verbessern, und zwar schnell. So werden wir bereits in diesem Jahr in Unterpfeichfeld beginnen und nächstes Jahr in Bergtheim die Ortsdurchfahrt verbessern, um anschließend in Eßleben und Opferbaum dasselbe zu tun. Gehen Sie davon aus, da es sich um den Stimmkreis von Herrn Staatssekretär Eck handelt, dass Herr Staatssekretär Eck nicht leichtfertig sagen wird, wir wollten keine Entlastung für diese Menschen. Ja, wir wollen eine Entlastung für diese Menschen. Wir wollen auch den Durchfahrtsverkehr verringern und wollen daher auch eine große politische Zustimmung zu den Plänen der Bundesregierung, demnächst eine Bemaatung von Bundesstraßen durchzusetzen.

Wir wissen aber auch, dass die Region im Norden von Würzburg zwischen Würzburg und Schweinfurt prosperiert und dass seit der Grenzöffnung 1989 die B 19 eine vollkommen andere Wertigkeit erfahren hat. 1989, als die Ortsumgehung Estenfeld – es tut mir leid, dass ich jetzt lokal werden muss – bereits gebaut und die Ortsumfahrung Bergtheim – Unterpfeichfeld aufgrund gescheiterter Landverhandlungen nicht möglich war, hat urplötzlich der Verkehr durch die Deutsche Einheit enorm zugenommen. Ich erinnere an die Projekte Deutsche Einheit und so weiter und so fort.

Langer Rede kurzer Sinn: Die Menschen an dieser Trasse wollen Antworten. Die Antworten können nicht darin bestehen, dass wir Politiker den Menschen ein Placebo

geben. Wir müssen vielmehr den Menschen die Wahrheit sagen, dass nämlich wegen der Nichtaufnahme in den Bundesverkehrswegeplan auf absehbare Zeit keine Umgehung gebaut werden kann. Wir müssen Ortsdurchfahrten verbessern. Wir müssen auch darauf achten, kleine Ortsumfahrungen anzustoßen. Die Vorschläge wurden von Staatssekretär Eck und mir in einer Sitzung erarbeitet. Wir haben die Umstufung zur Staatsstraße angesprochen. Wir können viele Dinge in die Wege leiten, aber wir können in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren keine Umgehungsstraße aus dem Hut zaubern. Eine Machbarkeitsstudie, die lediglich ein Placebo für ein, zwei Jahre ist, aber dann die Menschen fragen lässt, was passiert, nützt uns nichts. Da machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Herr Ländner, bitte bleiben Sie noch. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, die erste von Herrn Kollegen Dr. Fahn. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ich mache es ganz kurz. – Erstens. Herr Ländner, Sie haben gesagt, ich würde da immer angeflogen kommen. Das weise ich zurück; ich komme immer mit dem Zug nach Würzburg. Das ist das Erste.

(Thomas Kreuzer (CSU): Dann braucht ihr ja gar keine neue Straße!)

Das Zweite. Ich betreue den Stimmkreis Würzburg,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und es ist schade, dass die FREIEN WÄHLER im Moment nur zwei Abgeordnete in Unterfranken haben. Aber ich setze mich dafür ein, dass wir künftig drei haben, so dass einer in Ihrer Nähe wohnt, der das dann täglich wahrnehmen kann.

(Peter Winter (CSU): Sowas gibt es doch gar nicht!)

Insgesamt ist Ihr Argument dafür, dass jetzt keine Machbarkeitsstudie kommt, für mich nicht so überzeugend. Sie haben gesagt, wie der Kreistag das beschlossen hat, war das in Ordnung, und dann kam irgendso ein Brief vom Bund, und da wurde das dann verneint.

(Peter Winter (CSU): Kann man das auch kurz machen?)

Aber man kann diesen Brief vom Bund letztendlich wieder ändern. Ich habe dann vorhin gesagt: Bei mir gilt immer, die Hoffnung stirbt zuletzt, Herr Ländner. In der Bundesregierung ist auch die SPD, und es kann ja auch von ihr eine Initiative kommen. Da die Hoffnung zuletzt stirbt, bin ich nach wie vor der Auffassung, dass so eine Machbarkeitsstudie möglich ist.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Schorer (CSU))

Manfred Ländner (CSU): Erstens ist eine Machbarkeitsstudie möglich, aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

Zweitens. Sie verzeihen die Formulierung "anfliegen". Ich habe das auf den letzten Tagesordnungspunkt und auf die Tatsache, lieber Kollege Fahn, bezogen, dass Sie als der Engel Unterfrankens bekannt sind, der überall die Probleme löst. Darum habe ich "fliegen" gesagt.

(Heiterkeit bei der CSU)

Herr Dr. Fahn, bei aller Wertschätzung: Wenn der Bundesverkehrswegeplan steht und die Ortsumfahrung B 19 nicht drin ist, dann ist das eben so. Dann hat man dies zur Kenntnis zu nehmen. Dass Sie das nicht wollen, ist aus Ihrer Warte verständlich. Aber wir als Partei mit Regierungsverantwortung müssen das tun. – Entschuldigung, da kommt in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren nichts.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Die nächste Zwischenbemerkung: Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Ländner, ich glaube, wir sind gar nicht so weit voneinander entfernt. Die These würde ich wagen. Nur eines muss man schon mal klarstellen: Als der Kreistag mit unser beider Zustimmung, wenn nicht gar auf unser beider Antrag hin, den Beschluss gefasst hat, dass wir eine Machbarkeitsstudie wollen, war völlig klar, dass dieses Projekt nicht im Bundesverkehrswegeplan 2015 steht. Das war vielmehr eine Entscheidung auf Perspektive. Deswegen würde ich gar nicht widersprechen, wenn Sie sagen, dass wir in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren dort wahrscheinlich keine Umgehungsstraße bekommen werden, egal auf welchem Weg.

Aber gerade der Aspekt dieser mittel- und langfristigen Perspektive zeigt doch den Wunsch, den wir zum Ausdruck bringen und den ich zu verdeutlichen versucht habe. Wir sollten zumindest die Trasse sichern. Wir haben in früheren Jahren den Fehler gemacht, eine Trasse nicht mehr zu haben. Wir sollten jetzt die Trasse und die entsprechenden Planungsrechte in den Gemeinden sichern. Das ist der Hintergrund, und das spricht, denke ich, auch für die Machbarkeitsstudie. Ich hätte mir gewünscht, dass wir da gemeinsam an einem Strang ziehen. Selbst wenn der Antrag jetzt abgelehnt wird, sollte das unser Ziel sein. Ich greife jetzt mal voraus: Zwanzig, dreißig Jahre dauern Straßenbauprojekte von der Planung bis zur Realisierung; wir wissen das. – Das zu verdeutlichen, war mir noch ein Anliegen, weil ich glaube, dass wir da gar nicht so weit auseinander sind.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Ländner, bitte.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Manfred Ländner (CSU): Zum einen war der Beschluss des Kreistags zur Machbarkeitsstudie unser letzter Strohalm, der sich dann spätestens im Mai zerschlagen hat. Sie wissen auch, Kollege Halbleib: Bei der Umgehung der B 19 bei Giebelstadt haben wir dieselbe zeitliche Dramatik. Das ist die Hamsterradproblematik; mehr will ich gar nicht dazu sagen.

Wenn wir uns in dem Bestreben einig sind, für die Menschen in diesem Bereich etwas zu tun - und da sind wir parteiübergreifend auf einem guten Weg -, müssen wir sagen: Die Machbarkeitsstudie bringt uns keinen Schritt vorwärts. Wir müssen uns, sehr geehrte Damen und Herren, einfach mit der Situation vor Ort befassen. Wir werden das tun, aber immer vor dem Hintergrund der Absicht, den Menschen die Wahrheit zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Ländner. - Nächster Redner ist Herr Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Regierung hat nicht nur alle möglichen, sondern sogar alle möglichen unnötigen Projekte zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Nur die Ortsumgehung an der B 19 im nördlichen Landkreis Würzburg ist nicht dabei. Das sollte zu denken geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich könnte ich es kurz machen und mich den Ausführungen des Kollegen Ländner anschließen. Ich gebe Ihnen da uneingeschränkt recht. Ich möchte aber trotz der vorgerückten Stunde noch zwei, drei Sätze zur Bundesverkehrswegeplanung und zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sagen. Die Bodewig-Kommission hat den jährlichen Fehlbedarf für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur auf sieben Milliarden Euro beziffert. Da sind die fünf Milliarden, die die Große Koalition für die gesamte Legislaturperiode in Berlin beschlossen hat, eigentlich nur ein Tropfen auf den heißen Asphalt. Die zusätzlichen Mittel wird man die nächsten Jahre ganz dringend für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur benötigen, weil eben – auch in Bayern ist das geschehen – wichtige Unterhaltsmittel über Jahre für den Neubau missbraucht wurden. Deswegen hat sich die Substanz der Bundesstraßen und der Brücken in Bayern deutlich verschlechtert.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Regierung insgesamt 400 Projekte für den Bundesverkehrswegeplan gemeldet, darunter zum Teil deutlich überzogene oder vor Ort heftig kritisierte Projekte. Ich führe da nur die Nordanbindung des Flughafens Nürnberg an oder den heftig umstrittenen autobahnähnlichen Ausbau der B 15 neu südlich von Landshut. Dass diese Ausbaupläne überzogen und nicht finanzierbar sind, hat sogar der zuständige Fachminister erkannt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr wart jedenfalls dagegen!)

Und für die Abfinanzierung dieser 400 Einzelprojekte werden wir bis zum Ende dieses Jahrhunderts brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber anstatt ernsthafte Vorschläge zu machen, welche Projekte unnötig oder überdimensioniert sind und aus Gründen des Naturschutzes oder wegen überzogenen und unnötigen Flächenverbrauchs gestrichen werden können, werden jetzt weitere Forderungen erhoben. Da wurde der sechsstreifige Ausbau der A 3 südlich von Regensburg bis runter an die österreichische Grenze nachgemeldet, und nun fordern Sie, meine Damen und Herren von den FREIEN WÄHLERN – und es ist eigentlich bedauerlich, dass sich da die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag anschließt – auch noch eine Machbarkeitsstudie für die Ortsumgehung an der B 19.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihre Kollegin Celina schließt sich aber auch an!)

- Im Kreistag. Aber unsere Fraktion wird über diesen Antrag hier abstimmen. Wir haben ein freies Mandat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja, ich sag es ja nur!)

Ich kann leider Gottes nicht die Leute zur Vernunft zwingen, auch in meiner Fraktion nicht immer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Peter Winter (CSU): Hört, hört! - Sauber! – Weitere Zurufe und allgemeine Heiterkeit)

Es ist leider so. Wir haben ein freies Mandat, und dazu stehen wir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann den Wunsch der betroffenen Menschen nach einer Entlastung vom Verkehr durchaus nachvollziehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Kommen Sie mal zu uns vor Ort! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Wenn Sie mir vielleicht noch zwei Minuten zuhören, dann ist eh Feierabend. Aber ich bitte noch für die eine oder die zwei Minuten um ein bisschen Aufmerksamkeit. – Ich kann den Wunsch der Betroffenen wirklich nachvollziehen. Aber das Problem ist - und da schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Mütze beim letzten Tagesordnungspunkt an -, dass hier den Menschen etwas vorgegaukelt wird. Hier wird Aktionismus erzeugt, und damit werden Wünsche der Bevölkerung geweckt, die nicht erfüllt werden können - wahrscheinlich nur, um damit bei der nächsten Wahl auf Stimmenfang gehen zu können.

Wenn man sich die 400 Projekte anschaut, findet man darunter eine ganze Reihe von Projekten, die eine deutlich höhere Belastung aufweisen, die aber aufgrund der fehlenden Finanzmittel auch erst in den nächsten 15 Jahren realisiert werden können. Selbst eine Machbarkeitsstudie für die B 19 ist keine Garantie für die Aufnahme in den Verkehrswegeplan.

Herrn Ländner muss ich in einem Punkt widersprechen. Eine Machbarkeitsstudie würde auch in den nächsten 20 oder 30 Jahren keine Verbesserungen – überhaupt keine Verbesserungen – für die betroffene Bevölkerung in den Ortschaften bringen. Wir sollten uns um realistische Maßnahmen wie lärmindernden Asphaltbelag und Querungshilfen an den Straßen bemühen, die sofort finanzierbar und umsetzbar sind.

Da haben Sie – der Kollege Ländner hat es gesagt – volle Unterstützung. Wir sollten uns im Bayerischen Landtag dafür einsetzen, dass eine Lkw-Bemautung auf allen Bundesstraßen so schnell wie möglich kommt, um den Druck durch Mautausweichsverkehr in den Ortsdurchfahrten zu reduzieren. Das würde eine Entlastung bringen, und dafür sind die GRÜNEN zu haben. Aber diesen populistischen Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Ganserer. – Jetzt hat sich noch Staatssekretär Eck zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit will ich es ganz, ganz kurz machen. Aber eines müssen wir, denke ich, doch klarstellen.

Lieber Herr Kollege Ganserer, die Ausführungen, die Sie jetzt eben gebracht haben, haben mich wieder etwas zufriedengestellt, weil mit dem Antrag, den Kollege Fahn inszeniert hat,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Das stimmt doch gar nicht!)

den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen gestreut wird. So etwas wollen wir ganz einfach nicht machen.

Ich will aber eines deutlich zum Ausdruck bringen, Herr Kollege Ganserer. Die 400 Projekte, die angemeldet wurden, sind nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt worden, sondern haben schon eine Begründung. Es geht nicht nur nach dem Gesichtspunkt, den wir hier in Bayern sehen, sondern der Bund bewertet nach einem Gesamtkonzept, das über die Bundesrepublik Deutschland ausgebreitet wird. Da wird bewertet, wie die Verkehrsströme gelenkt, kanalisiert und organisiert werden. Deshalb wissen wir im Freistaat Bayern auch nicht im Detail, welche Projekte aufgenommen werden. Da gibt es eine Zusammenarbeit, die sich sukzessive entwickelt. Wir wären

gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern schlecht aufgestellt, wenn wir das eine oder andere wichtige Projekt nicht aufnehmen würden, weil wir denken, dass es nicht in den Bundesverkehrswegeplan kommt. Die Projekte stehen deshalb auf einer Gesamtliste.

Ich komme zu dem Projekt selber, zur B 19 mit den vier genannten Ortschaften. Lieber Herr Kollege Manfred Ländner, herzlichen Dank für Ihre Offenheit und für Ihre Ehrlichkeit. Sie dürfen mir glauben, ich würde nichts lieber tun, als den Leuten vor Ort zu sagen: Wir nehmen hier eine Ortsumgehung in Angriff. - Das tun wir nicht. Wir sind in der Regierungsverantwortung und müssen mit den Bürgerinnen und Bürgern offen, ehrlich und sachlich umgehen.

Lieber Herr Kollege Fahn, ich hätte Ihnen empfohlen, einmal eine Bürgerversammlung zu besuchen und mit den Menschen zu reden und nicht nur vielleicht auf einer Demonstrationsveranstaltung eine Tafel hochzuhalten. Ich verstehe die GRÜNEN manchmal nicht, und ich verstehe auch die Kollegen von der SPD nicht immer.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Es wird von weniger Flächenversiegelung gesprochen, und hier setzen Sie sich in massivster Form für eine derart große Flächenversiegelung ein. Bevor man so etwas fordert, muss man sich einmal darum kümmern, welche Konzeption überhaupt ange-dacht ist.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir wollen die A 7 sechsstreifig ausbauen, und mit dem Ausbau der A 7 verliert die B 19 ohne Wenn und Aber an Gewichtung. Wir können nicht aufs Geratewohl ein Stück weit Populismus betreiben und sagen: Jawohl, wir machen jetzt eine Machbarkeitsstudie für 100.000 Euro. - Wenn das Projekt dann irgendwann finanzierbar ist, sind die Rahmenbedingungen vielleicht ganz anders. Das heißt, wir brauchen dann noch einmal eine Machbarkeitsstudie und prüfen das ganze Projekt noch einmal. Der

Antrag ist völlig unsinnig, und ich bitte wirklich darum, ihn abzulehnen. Eine Zustimmung zum Antrag würde zu einer Vergeudung von Volksvermögen führen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

An dieser Stelle sind wir uns einig, lieber Herr Kollege Halbleib. Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger eine Verbesserung und haben uns sehr wohl überlegt, in welcher Zeit sie zu schaffen und zu organisieren ist. Da sage ich ihnen: Wir werden noch im Jahr 2015 mit ersten Maßnahmen in Bergtheim und Unterpleichfeld beginnen. Wir werden Kreisverkehre und Querungshilfen bauen und werden lärmmindernde Beläge verwenden. Anschließend machen wir in Opferbaum und Eßleben weiter. In der ersten Baumaßnahme werden fast 2 Millionen Euro und in der folgenden Maßnahme noch einmal 2 bis 3 Millionen Euro investiert. Wir erwarten, dass dadurch die Verhältnisse insbesondere für den Lkw unattraktiv werden und sich der Verkehr allein schon aufgrund dieser Maßnahmen minimiert.

Wie wird es bei der A 7 aussehen? - Alle Brücken, die saniert werden, werden bereits jetzt dreistreifig ausgebaut. Auch das ist ein klares Zeichen, dass die Vorhaben nicht nur angedacht sind oder auf dem Papier stehen, sondern definitiv verwirklicht werden.

In diesem Sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich, den Antrag zu überdenken. Ich bitte ganz herzlich darum, ihm nicht zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. - Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, die, wie angekündigt, namentlich erfolgt. Wir können mit der namentlichen Abstimmung beginnen. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 22.07 bis 22.10 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. – Zu einer persönlichen Erklärung zur Abstimmung hat sich die Kollegin Kerstin Celina gemeldet. Bitte schön, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Liebe Kollegen, es tut mir leid, dass ich Sie zu so später Stunde noch aufhalte. Mir ist das Thema aber wichtig, und ich möchte eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben.

Ich bin der Meinung, dass der Antrag sinnvoll und richtig ist, schon damit überhaupt darüber nachgedacht wird, wie es denn bei uns in Bayern mit Straßenplanungen und dem Bundesverkehrswegeplan aussieht. Ich bin der Meinung, dass wir durchaus andere Projekte in der Region im Verkehrswegeplan stehen haben, die ich bedenkenlos streichen würde, um eine Ortsumgehung und eine Machbarkeitsstudie für die Orte zu ermöglichen, wo man sein Kind nicht über die Straße schicken kann, ohne Angst haben zu müssen, dass es überfahren wird.

Herr Eck, Sie haben gesagt, dass wir doch einmal zu einer Bürgerversammlung gehen sollten. Das haben Sie uns vorgeschlagen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe. Sie gibt eine Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten ab. Sie begründet sachlich ihr Abstimmungsverhalten. Ich kann Ihnen auch aus dem einschlägigen Paragraphen zitieren:

Diese Erklärung hat sich auf die sachliche Begründung für sein Votum zu beschränken.

Genau das tut Kollegin Celina. Ich bitte jetzt um Ruhe, damit sie das zu Ende führen kann. Sie hat dafür fünf Minuten Zeit. Ich bitte wirklich darum, jetzt zur Ruhe zu kommen. - Danke.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Eck hat Herrn Kollegen Fahn empfohlen, er solle zur Bürgerversammlung gehen. Herr Fahn, Herr Halbleib und ich – wir alle waren auf der Bürgerversammlung und haben uns vor Ort mit den Argumenten der Menschen ernsthaft auseinandergesetzt. Von der CSU kam nur der Landrat; weder Herr Eck noch Herr Ländner waren vor Ort.

(Unruhe bei der CSU)

Ich möchte betonen: Wir waren in der Region und haben uns informiert. Ich stehe voll und ganz hinter dem Antrag, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, um zu prüfen, ob dort eine Umgehungsstraße möglich ist. Genau deshalb habe ich dem Antrag zugestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Celina.

(Manfred Ländner (CSU): Auch ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben!
Zwei Sätze! – Jürgen W. Heike (CSU): Das Recht hat er auch!)

- Moment! Eigentlich hätten Sie die Erklärung vorher anmelden müssen, wenn ich es richtig sehe. Das geht so eigentlich nicht. Das hätten Sie vor der Abstimmung anmelden müssen, Herr Kollege Ländner.

(Manfred Ländner (CSU): Also, ich sage nur - -)

- Herr Kollege Ländner, nein!

(Manfred Ländner (CSU): Es war eine Versammlung der Bürgerinitiative! Diese unterscheidet sich grundsätzlich von einer Bürgerversammlung!)

- Jetzt ist wirklich Schluss. Ich finde, Sie hatten genug Zeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Ihre Versammlungsführung ist eine Katastrophe!)

- Herr Heike, bitte mäßigen Sie sich! Wir haben eine Geschäftsordnung; an diese halten wir uns.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, wieder zur Ruhe zu kommen. Hier ist genau nach Geschäftsordnung verfahren worden.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum interfraktionellen Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Georg Rosenthal und anderer und Fraktion (SPD), Hubert Aiwan-ger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Machbarkeitsstudie Ortsumfahrung B 19", Drucksache 17/4714, bekannt. Mit Ja haben 48 Abgeordnete, mit Nein haben 98 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es eine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.04.2015 zu Tagesordnungspunkt 22: Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Georg Rosenthal u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Machbarkeitsstudie Ortsumfahrung B 19 (Drucksache 17/4714)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	48	98	1